

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen / SPD-Fraktion	19.11.2020
An: Bürgermeister Lars König	ggf. Nummer 01/V17
<input checked="" type="checkbox"/> Antrag gemäß § 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag) <input checked="" type="checkbox"/> Vorschlag zur Tagesordnung (§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung) zur Beratung im: ASUK <input type="checkbox"/> Anfrage (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme	nachrichtlich <input checked="" type="checkbox"/> Bürgermeister <input type="checkbox"/> Ausschußvorsitzende <input type="checkbox"/> SPD-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> CDU-Fraktion <input type="checkbox"/> Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion WBG <input checked="" type="checkbox"/> FDP-Fraktion <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Bürgerforum+ <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Die Linke <input checked="" type="checkbox"/> Fraktion Die Piraten <input type="checkbox"/> Fraktion Stadtklima <input type="checkbox"/> AfD <input checked="" type="checkbox"/> Integrationsrat

Betreff:
Handlungsprogramm Corona

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Antrag Handlungsprogramm Corona

Angesichts eines Höchststandes an Covid19-Neuinfektionen und weiter steigender Fallzahlen ist es vor dem Erfahrungshintergrund der letzten Monate ratsam, sich frühzeitig auf mögliche weitere Entwicklungen der Pandemie vorzubereiten, um dann für diese möglichst gut gewappnet zu sein. Daher beantragen wir die folgenden Maßnahmen:

a) Sicherung der medizinischen Versorgung

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft schreibt in einer Pressemitteilung vom 5. November 2020: "Die Krankenhäuser stehen in der zweiten Corona-Welle vor noch größeren Herausforderungen als im Frühjahr. Die Zahl der COVID-19-Intensivpatienten verdoppelt sich aktuell innerhalb von zwei Wochen und wird bereits am Freitag den Höchststand aus dem April mit rund 2.900 Patienten erreichen. Die Tendenz ist weiterhin stark steigend, sodass bis Ende November mit einer nochmaligen Verdoppelung auf dann 6.000 Patienten zu rechnen ist. „Diese gewaltige Herausforderung zwingt die Kliniken, die Regelversorgung schrittweise zurückzufahren [...]“. Die Verwaltung / der SAE wird daher gebeten:

1. Gemeinsam mit den Wittener Krankenhäusern ein regelmäßiges Monitoring der verfügbaren Intensivkapazitäten durchzuführen und einen Schwellenwert zu vereinbaren, ab dem ein Versorgungsrisiko zu vermuten ist. Sofern möglich, sollte dieses Monitoring interkommunal mit den angrenzenden Städten abgestimmt werden.
2. Gemeinsam mit den Wittener Krankenhäusern eine Strategie zu entwickeln, wie und in welchem Rahmen eine Entlastung der Intensivkapazitäten möglich ist (v.a. durch Verschiebung nicht dringlicher Behandlungen).
3. Mit den Krankenhäusern und der UWH Gespräche zu führen, ob und inwiefern in Notlagen aus dem Kreis der Studierenden eine Unterstützung der Arbeit der Krankenhäuser möglich ist. Denkbar wäre etwa die Übernahme pflegerischer Arbeiten in der Regelversorgung, sofern eine Unterstützung der Mitarbeitenden in der Intensivpflege durch Beschäftigte aus der Regelversorgung nötig wird, oder Entlastung in den Bereichen Organisation / Logistik.

b) Organisation des KiTa - und Schulbetriebs

Zurzeit hält die NRW-Landesregierung noch an ihrem Konzept eines vollständigen Regelbetriebs fest, gleichwohl etwa das RKI ein Aufteilen der Klassen empfiehlt und mit Stand 11. November bundesweit bereits über 300.000 SuS und 30.000 Lehrer*innen in Quarantäne waren. Da bei weiter steigenden Fallzahlen und in Kombination mit den Unwägbarkeiten des Winters und der Grippesaison ein Richtungswechsel der Landesregierung sehr gut möglich ist, wird die Verwaltung beauftragt hierzu Organisationskonzepte mit den Schulen abzustimmen und zu unterstützen. Sinnvollerweise sollten diese Konzepte Klassenteilungen, einen alternierenden Präsenz-/Onlinebetrieb sowie einen reinen Onlinebetrieb entsprechend der Möglichkeiten in den jeweiligen Schulformen berücksichtigen. Die Stadt als Schulträgerin kann hier z.B. in folgenden Bereichen unterstützen:

- Suche nach Räumlichkeiten für Klassenteilungen (etwa in städtischen Liegenschaften oder Gemeindezentren).
- Organisation von digitalen Endgeräten für SuS ohne Zugang zu entsprechenden Infrastrukturen.
- Unterstützung technologieferner Eltern bei der Einrichtung von Geräten / dem Zugang zu Online-Plattformen (z.B. Landes-LMS Logineo).
- Zentrale Bereitstellung von mehrsprachigen Informationen zum Themenkomplex Schule & Corona für Eltern von SuS.

Die im JHA bereits positiv diskutierte Erstellung von Lüftungskonzepten und (Prüfung der) Beschaffung von CO₂-Meldern und Luftreinigungsanlagen soll parallel fortgesetzt werden. Weiterhin soll mit den Schulen und dem Kreis laufend nach Möglichkeiten gesucht werden, durch entzerrte Schulzeiten und den Einsatz zusätzlicher Fahrzeuge überfüllte Busse und Bahnen in den Stoßzeiten zu vermeiden.

Für den Bereich der Kindertagesbetreuung gestaltet sich die Corona-Prävention naturgemäß sehr schwer. Hier soll mit KiTa-Leitungen und Trägern zeitnah abgestimmt werden, welche Maßnahmen sinnvoll und ggf. mit Unterstützung der Verwaltung realisierbar sind. So etwa:

- Aktive Werbung über die städtischen Informationskanäle für den Einsatz als Alltagshelfer*in zur Entlastung der Erziehenden in KiTas.
- Unterstützung bei der Findung von Räumlichkeiten für Gruppenteilungen, sofern die KiTas dies personell ermöglichen können und wünschen.
- Beschaffung von CO₂-Meldern/ Luftreinigungsanlagen (synergetisch zu diesem Thema im Schulbereich, s.o.).

c) Hilfe und Beratung bei häuslicher Gewalt

Familien sind auf Grund der Corona-Beschränkungen seit Monaten deutlich höheren Belastungen ausgesetzt. Es wird davon ausgegangen, dass das Risiko von Partnerschaftsgewalt in der Corona-Zeit weiter ansteigt (Aussage BKA). Genaue Zahlen liegen aktuell für Witten nicht vor. Dazu wird die Verwaltung gebeten:

- Bei den Erziehungs- und Frauenberatungsstellen sowie weiteren sozialen Diensten (Allgemeiner Sozialer Dienst, pro familia, DKSB, Frauen helfen Frauen u.a.) nachzufragen, ob und inwiefern sich die Beratungsnachfragen seit März 2020 verändert haben (Anzahl und Inhalt).
- Einen Austausch zu initiieren (Runder Tisch) mit allen in Witten ansässigen Akteuren zum Thema Hilfe und Beratung bei häuslicher Gewalt (bspw. ASD, Erziehungsberatungsstellen, Frauenberatungsstellen, Polizei, sonstige Träger der freien Wohlfahrtspflege). Das Ziel ist, die Nachfrage und Bedarfe der Betroffenen zu eruieren, Hilfs- und Beratungsangebote abzustimmen und bedarfsgerecht zu koordinieren. Da davon ausgegangen werden kann, dass die Situation noch länger angespannt sein wird, ist besonders der Blick auf eine Ausweitung von niedrigschwelligen Hilfeangeboten zu legen (z.B. mehrsprachige Hilfetelefone).

d) Beratung von Unternehmen

Vielen Unternehmer*innen, insbesondere freiberuflich Tätigen und Kleinunternehmer*innen, fehlt ein Überblick über die aktuellen Fördermöglichkeiten in coronabedingt wirtschaftlich krisenhafter Lage. Neben Optionen und Zugängen herrscht oft auch Unsicherheit ob Kredite oder Zuschüsse gewährt werden, welche Nachweise geführt werden müssen etc. Daher wird die Verwaltung gebeten, an zentraler Stelle auf den Seiten der Wirtschaftsförderung eine Übersicht mit Links zu weiteren maßgeblichen Informationsquellen zu erstellen. Weiterhin soll geprüft werden, in welcher Form die Wirtschaftsförderung persönliche Beratung zu diesen Themen leisten kann - entweder direkt oder durch Vermittlung an adäquate Ansprechpartner*innen. Hierzu können natürlich auch gerne Kooperationen mit Kammern, Verbänden oder der EN-Agentur herangezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Jan Richter
Stv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

gez.
Dr. Uwe Rath
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

gez.
Liane Baumann
Ratsmitglied Bündnis 90/Die Grünen

gez.
Claus Humbert
Ratsmitglied SPD-Fraktion